

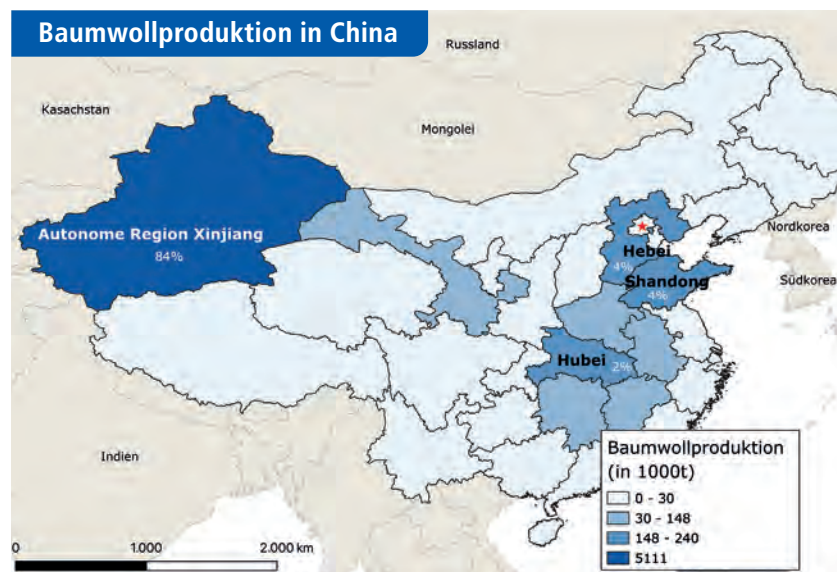
Zwangsarbeit in Xinjiang

Europäische Unternehmen profitieren von der Unterdrückung der Uigur*innen

Die Autonome Region Xinjiang im Westen Chinas gehört zu den wichtigsten Baumwollanbauregionen der Welt. Seit Jahren ist bekannt, dass die dort lebende muslimische Minderheit – die Uigur*innen – massiv unterdrückt wird. Aktuelle Recherchen zeigen nun, dass Uigur*innen und andere Minderheiten in Xinjiang auch zur Arbeit in globalen Wertschöpfungsketten, u.a. der Textilproduktion, gezwungen werden. Damit besteht ein hohes Risiko, dass Textilien und Bekleidung, die in Europa verkauft werden, unter Einsatz von Zwangsarbeit hergestellt werden.

1. Xinjiang – die zukünftig wichtigste Textil-Region Chinas

Seit Jahren wächst die Bedeutung Xinjiangs für die chinesische (und damit auch für die weltweite) Textilwirtschaft: mittlerweile werden mehr als 20 % der weltweit produzierten Baumwolle hier angebaut. Die chinesische Regierung ist sich dieser Bedeutung und Marktmacht bewusst und investiert seit dem Jahr 2011 in die Baumwollproduktion Xinjiangs, um – laut eigener Aussage – Arbeitsplätze zu schaffen und die Entwicklung der strukturschwachen Region zu fördern. Hierzu gehört seit dem Jahr 2014 ein für Xinjiang exklusives Baumwoll-Subventionsmodell: Alle drei Jahre legt die Regierung einen Mindestpreis fest und fällt der tatsächliche Marktpreis von Baumwolle unter diesen Wert, zahlt der Staat die Differenz an die Produzent*innen aus. Mit der massiven Subventionierung der Baum-



Quelle: National Bureau of Statistic of China (2019): China Statistical Yearbook. Tabelle 11-12

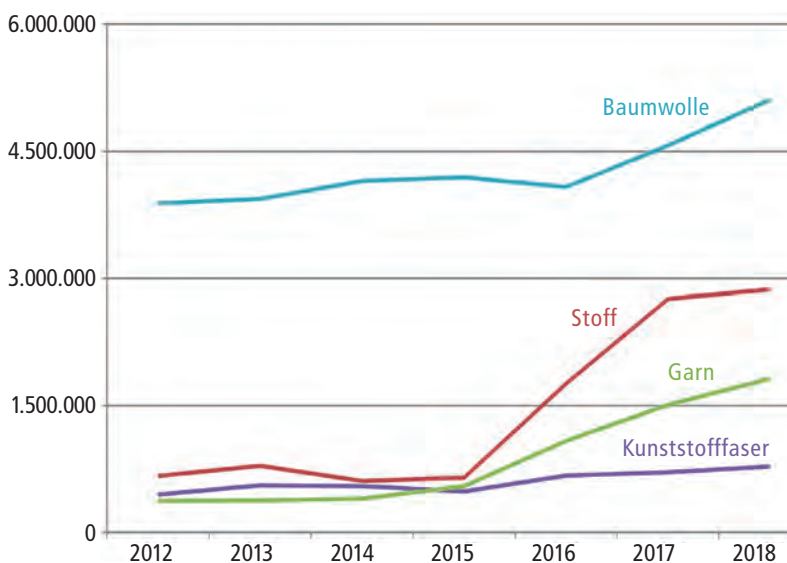
wollproduktion Xinjiangs löst China auch ein weiteres Problem: Seit Jahren steigen die Löhne an der Küste und im Inland Chinas. Anstatt ins Ausland abzuwandern, bewegten sich chinesische Produzent*innen in den Nordwesten des Landes, wo sie billige Arbeitskräfte und ein für den Baumwollanbau günstiges, trockenes und stabiles Klima erwartete. Die chinesische Regierung konnte so zum einen Arbeitsplätze schaffen, das strukturschwache Xinjiang fördern, chinesische Unternehmen stärken und die Baumwollproduktion im eigenen Land sichern.

Außerdem kündigte die chinesische Regierung im Jahr 2014 die Unterstützung einer weiteren Westwanderung von Unternehmen an. Die Region sollte durch

die Ansiedlung von Textilbetrieben gefördert werden, in denen die geerntete Baumwolle weiterverarbeitet werden kann. Im Einklang mit der Strategie zur Entwicklung von Arbeitsplätzen und wirtschaftlichen Förderung von Xinjiang soll dort bis 2023 die größte Textilproduktion Chinas entstehen. Die Gründung von Industrieparks, billiger Strom, Transportsubventionen und Steuererleichterungen sollten den Aufbau einer vollständigen Textilwertschöpfungskette fördern.

Der wirtschaftliche Erfolg der massiven Subventionen in Xinjiang wurde schnell deutlich. Seit 2014 ist die Produktion von Baumwolle um 130 % und die Produktion von weiterverarbeiteten Garnen und Stoffen um über 450 % gestiegen.

Produktionssteigerung Xinjiang



Quelle: <http://data.stats.gov.cn/english/>

2. Unterdrückung der Uigur*innen

Der wirtschaftliche Erfolg Xinjiangs hat jedoch seinen Preis. Seit Jahren gibt es Berichte von Menschenrechtsverstößen gegenüber den in der Region lebenden muslimischen Minderheiten. Diese ungefähr 12 Millionen Menschen leben gemeinsam mit 9 Millionen Han-Chines*innen zusammen in Xinjiang. Im Zusammenhang mit jahrzehntelangen Spannungen in der Region wurden in den Jahren 2009-2014 Anschläge verübt, die der größten turkstämmigen Gruppe in Xinjiang zugeschrieben wurden: den Uigur*innen.



Diese Anschläge nahm die chinesische Regierung zum Anlass, ihre repressive Politik gegen die Uigur*innen zu forcieren. Offiziell verfolgt sie das Ziel, religiösen Extremismus und Terrorismus in Xinjiang zu bekämpfen. Die Stabilität der Region ist wegen ihrer geopolitischen Bedeutung hoch relevant für die chinesische Regierung. Xinjiang grenzt an acht Länder und auch an die umkämpfte Region Kashmir. Es ist Chinas Tor zum Westen und damit essentiell für das Jahrhundertprojekt der Neuen Seidenstraße. Seit einigen Jahren berichten aber betroffene Zeug*innen, die meist ins Ausland geflohen sind, von einer systematischen, alle Lebensbereiche

Demographie in Xinjiang

Seit Jahrhunderten ist das Gebiet des heutigen Xinjiangs geprägt von den dort lebenden muslimischen Gruppen, die sich meist den Turkvölkern zuordnen. Als die Region im Jahr 1949 im Zuge der Gründung Chinas zu chinesischem Staatsgebiet wurde, waren nur 4% der Bevölkerung Han-Chines*innen. Heute sind letztere die größte ethnische Gruppe der Welt und bilden die Mehrheit in fast allen Provinzen Chinas. Eine jahrzehntelange Umsiedlungspolitik der chinesischen Regierung sorgte dafür, dass mittlerweile auch über 40% der Bevölkerung Xinjiangs Han-Chines*innen sind. Über die Ansiedlung von Han-Chines*innen in Xinjiang hinaus versucht die chinesische Regierung in den letzten Jahren verstärkt, die Geburtenrate der Uigur*innen zu senken: allein von 2017 auf 2018 sank diese um mindestens 30% (nach offiziellen Angaben). Von den Maßnahmen, die dieser Entwicklung zu Grunde liegen, berichten verschiedene Zeug*innen. Frauen werden gezwungen, am Aufklärungsunterricht teilzunehmen, es werden gynäkologische Untersuchungen an ihnen

vorgenommen und in der Bevölkerung breit angelegte Schwangerschaftstests durchgeführt. Wenn Frauen zu viele Kinder kriegen, werden entweder sie oder ihre Männer als Bestrafung in Gefängnisse oder Internierungslager gebracht. Berichtet wird zudem von erzwungener Schwangerschaftsverhütung, Abtreibung oder sogar Sterilisierung.

Trotz dieser Maßnahmen bilden aktuell noch die 11 Millionen Uigur*innen die größte Gruppe der 23 Millionen Bewohner*innen Xinjiangs. Weitere Angehörige der muslimischen Minderheiten sind Kasach*innen, Hui-Chines*innen und Kirgis*innen. Wegen Unterschieden in Lebensweise, Religion, Traditionen und Wertesystem sowie einer repressiven Minderheitenpolitik der Zentralregierung bauen sich seit Jahrzehnten Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen auf.



Foto: Miyake Junji flickr.com

umfassenden Unterdrückung in Xinjiang. Grundlage der politischen Maßnahmen sind sogenannte Ausbildungs- und Umerziehungslager, die laut Aussage der Regierung für die berufliche Aus- und Weiterbildung genutzt werden. Zeug*innenaussagen und veröffentlichte Regierungsdokumente bestätigen jedoch, dass in den Lagern Angehörige der muslimischen Minderheiten eingesperrt und politisch indoktriniert werden. Insass*innen werden gezwungen, Mandarin zu lernen, die Nationalhymne zu singen und mehrmals am Tag an Unterricht in chinesischer Kultur teilzunehmen. In den Lagern leben die Menschen abgeriegelt von der Außenwelt, haben kaum Kontakt zu ihren Familien und werden oft mehrere Jahre festgehalten. Ungefähr eine Million Uigur*innen befinden sich in diesen Lagern oder offiziellen Gefängnissen in Haft. Gründe für die Inhaftierung können beispielsweise das Fasten oder die Schließung von Geschäften während des Fastenmonats Ramadan sein, aber auch die Beantragung eines Reisepasses, bestimmte Formen von Bartwuchs, die Benutzung ausländischer Messenger-Dienste, Verwandte im Ausland, zu viele Kinder oder das Ausüben religiöser Handlungen. Die Inhaftierten werden zudem als Druckmittel gegen die in Xinjiang oder im Ausland lebende Familie und Freund*innen genutzt.

Unterstützt wird die Praxis der Internierung und Indoktrinierung durch eine geradezu vollständige Überwachung der in Xinjiang lebenden Menschen. Sämtliche personenbezogene Daten (Blutgruppe, DNA, Religion, Fahrzeuge, Pässe und Standort) werden erfasst, Mobiltelefone werden überwacht und es herrscht eine flächendeckende Videoüberwachung des Alltags.

Die Unterdrückung der Uigur*innen geht noch weit über politische Indoktrinierung hinaus. Mit Maßnahmen wie der Einstufung der uigurischen Flagge als terroristisches Symbol, des Verbotes der uigurischen Sprache in Behörden und offiziellen Institutionen oder der Zerstörung religiös bedeutender Orte wird versucht, die muslimische Kultur in Xinjiang aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen.



3. Zwangsarbeit der Uigur*innen

合作单位

我可提供大量政府新疆工人劳务派遣公司

所属分类:	合作单位
点击次数:	39259
发布日期:	2019-02-27 19:38:19

详细介绍

政府常队, 非零散人员, 人员资质齐全, 安全可靠, 男女比例以及年龄根据工厂定制

详情请咨询电话: 0532-87275591

„Von der Regierung geführt, Arbeitseinheiten, qualifiziert, sicher und zuverlässig, Verhältnis von Mann zu Frau und Alter werden je nach Fabrik angepasst. Weitere Informationen erhalten Sie unter: 0532-87275591“

Quelle: <http://archive.ph/r7T8r>

Anfang 2020 bestätigte eine australische Studie Gerüchte, die bereits seit 2018 kursieren: Die Uigur*innen werden zur Arbeit in internationalen Wertschöpfungsketten gezwungen. Zwischen 2017 - 2019 wurden mindestens 80.000 Uigur*innen zur Fabrikarbeit in verschiedene Provinzen Chinas gebracht. Offizielle Regierungsdokumente zeigen, dass die Regierung Xinjiangs Prämien für die Anstellung uigurischer Arbeiter*innen vergibt. Diese können beispielsweise online von Firmen bei privaten Vermittler*innen angefordert werden. Offiziell ist die Fabrikarbeit Teil der „Ausbildung“ von Uigur*innen, weshalb die Arbeitsstätten oftmals direkt in oder bei den Internierungslagern und Umerziehungslagern liegen. Wenn Uigur*innen in anderen chinesischen Provinzen arbeiten müssen, leben sie in staatlich finanzierten, isolierten Behausungen, die an die Fabriken angrenzen. Dort leben sie unter ständiger Überwachung. Religiöse Praktiken und der Kontakt zu Familien und Freund*innen sind ihnen verboten und sie erhalten Mandarin- und Kultur-Unterricht.

Die Löhne, die sie für die erzwungene Arbeit erhalten, schwanken stark. Einige Arbeiter*innen bekommen gar keinen Lohn, andere wiederum erhalten eine Bezahlung, ihr Verdienst ist jedoch weitaus geringer als der ihrer Han-Kolleg*innen. Mit dieser Praxis können die Produktionskosten auch in den Provinzen mit ansonsten höheren Lohnkosten geringgehalten werden. Die Anstellung und Ausbeutung von Arbeiter*innen turkischer Minderheiten sichert Firmen somit eine günstigere Herstellung ihrer Produkte.

Durch Auswertung von Satellitendaten, Zeug*innenaussagen und Regierungsdaten, konnte globalen Konzernen wie Apple, Samsung, Lenovo, BMW, Adidas, H&M oder Nike nachgewiesen werden, direkt oder indirekt von der Zwangsarbeit der Uigur*innen zu profitieren. Die Zwangsarbeit scheint dabei ein zentraler Bestandteil der chinesischen Pläne zur Stabilisierung

und wirtschaftlichen Entwicklung der Autonomen Region Xinjiang zu sein. Sie wird sogar in der staatlichen Wirtschaftsförderung genutzt. Das zeigt sich z.B. in den sogenannten Partnerschaftsprogrammen zwischen Regionen innerhalb Chinas. Unternehmen aus anderen Provinzen Chinas können besonders gefördert werden, wenn sie einen Teil ihrer Produktion nach Xinjiang verlagern. Je nach Wirtschaftssektor profitieren die Firmen so von günstigerer Textilproduktion, günstigerem Abbau von seltenen Erden oder geringeren Kosten in der landwirtschaftlichen Produktion. Recherchen zeigen, dass auch in dieser staatlichen Wirtschaftsförderung Zwangsarbeit genutzt wird.

Zwangsarbeit ist somit ein wichtiger Bestandteil der wirtschaftlichen Entwicklung in Xinjiang und betrifft mit hoher Wahrscheinlichkeit jede Branche in der Region und jedes Produkt, das dort hergestellt wird.

4. Aktionsaufruf gegen Zwangsarbeit

Auf den Zusammenhang von Baumwolle, Textilprodukten und Zwangsarbeit in Xinjiang macht seit kurzem ein Bündnis von rund 250 Organisationen aufmerksam, dem auch das SÜDWIND-Institut angehört. Obwohl der Zugang der Zivilgesellschaft zu Xinjiang von der chinesischen Regierung aktiv verhindert wird, konnten viele Fälle von Zwangsarbeit in der Textilwertschöpfungskette aufgedeckt werden. Die New York Times wies z.B. die Nutzung von Zwangsarbeit in der Produktion von Hygiene-Masken nach. Da textile Vorprodukte, die ganz oder teilweise in Xinjiang hergestellt wurden, nicht nur in China, sondern auch in anderen Ländern weiterverarbeitet werden, ist das Risiko der Zwangs-

arbeit noch umfassender als es zunächst scheint. Unübersichtliche Wertschöpfungsketten machen es dabei nahezu unmöglich, genau zu bestimmen, welche Textilien oder welche Kleidungsstücke betroffen sind. In einem globalen „Aktionsaufruf gegen Menschenrechtsverletzungen im Textil- und Bekleidungssektor in der uigurischen Autonomen Region Xinjiang“ ruft das zivilgesellschaftliche Bündnis deshalb alle Unternehmen mit globalen Wertschöpfungsketten auf, ihre Zulieferer zu prüfen und ihre Wertschöpfungsketten vollständig von Xinjiang zu lösen. Dazu sollen die Unternehmen eine Selbstverpflichtung unterzeichnen und innerhalb eines Jahres alle erforderlichen Maßnahmen umsetzen, um das Risiko der Zwangsarbeit bei der Herstellung ihrer Produkte zu eliminieren.



Hierfür gibt es bereits Positivbeispiele von Unternehmen, die zumindest Schritte in die richtige Richtung gehen. So wies Adidas seine Zulieferer an, keine aus Xinjiang stammenden Garne mehr zu nutzen. Und bereits 2019 verkündeten

Cotton On und Target Australia, in ihren Produkten keine Baumwolle aus Xinjiang mehr zu verwenden. Inwieweit diese Maßnahme tatsächlich ausreicht (und umgesetzt wird), bleibt abzuwarten. Einen wichtigen Beitrag könnte darüber hinaus auch ein Lieferkettengesetz leisten, welches Unternehmen verpflichtet, ihre gesamte Wertschöpfungskette auf Zwangsarbeit und andere Verletzungen von Arbeitnehmer*innenrechten zu prüfen. Ein solches wird innerhalb der Bundesregierung seit Monaten diskutiert. Bisher erwartet diese die Einhaltung von Menschenrechtsstandards, ohne jedoch Konsequenzen für Verstöße zu nennen. Solange es das Lieferkettengesetz mit klaren Vorschriften nicht gibt, wird der zivilgesellschaftliche Aktionsaufruf hoffentlich genügend Wirkung entfalten, um globale Wertschöpfungsketten sukzessive frei von Zwangsarbeit in Xinjiang zu machen.

SÜDWIND

Seit fast 30 Jahren engagiert sich SÜDWIND für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit. Anhand von konkreten Beispielen zu Missständen decken wir ungerechte Strukturen auf, machen sie öffentlich und bieten Handlungsalternativen. Dabei verbinden wir unsere Recherchen mit entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und tragen Forderungen in Kampagnen, Gesellschaft, Unternehmen und Politik. Durch Gespräche mit Verantwortlichen aus Politik und Unternehmen oder die Beratung von EntscheidungsträgerInnen in der Gesellschaft tragen wir so zu Veränderungen bei.

Impressum

Bonn, September 2020

Herausgeber

SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: +49(0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

Bankverbindung:

KD-Bank
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODED1DKD

Autor:

Patrick Wulf

Redaktion und Lektorat:

Sabine Ferenschild, Nathalie Grychtol

V.i.S.d.P.: Dr. Ulrike Dufner

Gestaltung: www.pinger-eden.de

Druck und Verarbeitung:

Brandt GmbH, Bonn
Gedruckt auf Recycling-Papier

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der SÜDWIND e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Die verwendete Literatur ist abrufbar unter <https://bit.ly/3mBA9Om> oder durch Scannen des QR-Codes



Gefördert durch



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung